Die Bilanz der Europäischen Integration 1996/97

WERNER WEIDENFELD

Das neue Europa findet allmählich seine Form. Die Zeiten des Überganges nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes neigen sich ihrem Ende zu. Diskussionen und Entscheidungen zu drei Strukturrahmen Europas bestimmten folgerichtig das Profil der jüngsten Zeit:

- die Entwicklung der Sicherheitsarchitektur;
- die Debatte um die Einführung der gemeinsamen Währung;
- die Regierungskonferenz und ihr Abschluß durch den Gipfel von Amsterdam.

Die europäische Sicherheitsarchitektur

Europas Sicherheit wird von einem komplexen System differenzierter Organisationen gewährleistet: NATO, WEU, EU, OSZE, UNO. Der tiefgreifende Wandel der Weltpolitik hat die Substanz aller dieser Organisationen erfaßt – und auch die Gewichte und Netzwerke zwischen diesen Organisationen.[1] Eine Schlüsselrolle nahm die Frage der NATO-Erweiterung ein.[2] Der Öffnungsprozeß der NATO wurde mit der Erklärung des NATO-Gipfels zur grundsätzlichen Bereitschaft, neue Mitglieder aufzunehmen, im Januar 1994 eingeleitet.[3] Die Modalitäten wurden in einer im September 1995 veröffentlichten Studie definiert. 1996 und 1997 wurde dieser Prozeß auf drei Ebenen fortgeführt: durch intensive bilaterale Konsultationen, durch den Ausbau des Programmes „Partnerschaft für den Frieden" und durch die allianzinternen Vorarbeiten zu den erforderlichen Strukturanpassungen des Bündnisses.

Die Entscheidung darüber, welche Kandidaten zur Aufnahme von Beitrittsgesprächen eingeladen werden sollten, fiel beim NATO-Gipfel am 8./9. Juli 1997 in Madrid.[4] Nach heftiger Auseinandersetzung beschränkte man sich auf Polen, Ungarn und die Tschechische Republik.

Die Öffnung der Allianz wurde durch ein Bündel der Maßnahmen für die übrigen Partner abgefedert: In der Nachfolge des Nordatlantischen Kooperationsrates wurde der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat errichtet, der einen sicherheitspolitischen Dialog und die Zusammenarbeit mit allen – derzeit 28 – Staaten organisieren soll, die bereits kooperative Beziehungen zur Allianz unterhalten. Außerdem wurde die „Partnerschaft für den Frieden" inhaltlich auf praktisch alle Bereiche außerhalb des Kerns kollektiver Verteidigung ausgedehnt.

Im Mittelpunkt der Bemühungen hatte seit Jahren das Gespräch mit Moskau gestanden. Die Ablehnung der NATO-Erweiterung durch Rußland sollte durch eine neue Qualität der Beziehungen zwischen dem Westen und der einstigen östlichen

Weltmacht relativiert werden. Das Ergebnis war die „Gründungsakte über die Beziehungen, die Zusammenarbeit und die gegenseitige Sicherheit zwischen Rußland und der NATO", die beim Gipfel der NATO-Staaten mit dem russischen Präsidenten Jelzin in Paris am 27. Mai 1997 unterzeichnet wurde.[5] In ähnlicher Intention wurde am 9. Juli 1997 eine Akte mit der Ukraine unterschrieben.[6]

Parallel dazu liefen die Bemühungen der Regierungskonferenz in Vorbereitung des EU-Gipfels von Amsterdam am 16./17. Juni 1997, die europäische Komponente der Sicherheit auszubauen. In sehr begrenzter Form ist dies in Amsterdam vollzogen worden durch die Aufnahme mehrerer Elemente in den Vertrag:[7]

- die Perspektive der Integration der WEU in die EU in einem mehrstufigen Phasenkonzept;
- die Leitlinienkompetenz des Europäischen Rates gegenüber der WEU;
- die Aufnahme der sogenannten „Petersberger Aufgaben".[8]

All diese Schritte von NATO und EU weisen einen pragmatisch tastenden Grundzug auf. Es handelt sich nicht um ein strategisch differenziertes, klar definiertes Konzept. Die langfristigen Fragen der europäischen Sicherheitsarchitektur bleiben damit offen. Die alte NATO wurde verabschiedet, ohne daß die Identität der neuen NATO definiert wäre und ohne daß die Europäer ihrem sicherheitspolitischen Selbstverständnis eine eigene organisatorische Effektivität verliehen hätten. Unmerklich verschiebt sich der konzeptionelle Fokus von einem Bündnis kollektiver Verteidigung zu einer Organisation kollektiver Sicherheit. Ein Bündnis definiert ein Territorium, das es gegen Angriffe von außen verteidigen will. Eine System kollektiver Sicherheit will den Frieden innerhalb seiner Mitglieder aufrechterhalten, ohne über ein konkretes Bild von den äußeren Gefährdungen zu verfügen. Die vielen sicherheitspolitischen Kompromisse lassen die Frage nach der Sicherheitsidentität unbeantwortet.

Die Debatte über die Einführung der gemeinsamen Währung

Ein merkwürdiges Gemisch bildet den Stoff, aus dem die Debatte über die Einführung der gemeinsamen europäischen Währung gewebt ist.[9] Bekenntnisse dafür und dagegen, Zweifel und Befürchtungen, Spekulationen und augenzwinkernde Unterstellungen vernebeln eher einen komplizierten Sachverhalt, als daß sie ihn erhellen. Das filibusterhafte Diskutieren um die Stabilitätskriterien wirkt seltsam oberflächlich und schafft kaum Vertrauen.

Rasch wird dem Beobachter klar – auf Wahrhaftigkeit wird das Unternehmen „Euro" nicht begründet sein:

- Auch wer Zweifel am Zeitplan hat, muß markige Bekenntnisse zu den Terminen ablegen, weil sonst die Finanzmärkte verrückt spielen.
- Auch wer nicht glaubt, daß die Stabilitätskriterien punktgenau eingehalten werden, der muß sie hochhalten, weil sonst die haushaltspolitische Disziplin erodiert.

- Auch wer angestrengte Überlegungen in Umschichtungen der öffentlichen Haushalte und Neu-Interpretationen von Ausgabenposten investiert, wird massiv und lautstark gegen jede „schöpferische Buchhaltung" zur Erreichung der Stabilitätskriterien Front machen.
- Auch wer weiß, daß die Stabilitätskriterien relativ willkürlich gesetzte Größen sind, muß sie dennoch wie europäische Ikonen verehren, weil es sonst zu einer Glaubwürdigkeitskrise um die zentralen Akteure kommen würde.

Und für die Position der Euro-Gegner gilt diese Dialektik gleichermaßen:

- Auch wer um die internationale Verflechtung der Mark, ihre Abhängigkeit von weltweiten Wirtschafts- und Währungstrends weiß, der muß die Deutsche Mark als unabhängigen Inbegriff der Stabilität preisen, um den gewünschten Kontrast zu einem Negativ-Image des Euro aufzubauen.
- Auch wer Zweifel in die langfristige Stabilität der Deutschen Mark haben mag, muß die Stabilitätsprämisse setzen, um die Idee des Euro effektiv attackieren zu können.

Wahrhaftigkeit ist es also nicht, was die Debatte um den Euro grundiert, sehr wohl aber Rationalität. Denn jede Aussage zum Euro ist nicht einfach eine Erläuterung der Sache selbst, sondern ein Ausgangspunkt für Spekulationen zur neuen Konstruktion der Wirklichkeit.

Allein der Hinweis, am Ende werde der Euro „vertragsgerecht" eingeführt, gilt dann als Abrücken von den Stabilitätskriterien, weil der Vertrag erhebliche Entscheidungsspielräume offenläßt und nicht simple Punktgenauigkeit fordert. Vielmehr geht es dem Vertrag von Maastricht in weiser Absicht um eine Stabilitätskultur und nicht um eine simple Punktlandung, gelingend mit schöpferischer Haushaltsstatistik. Jedem Finanzexperten sind diese elementaren Gegebenheiten geläufig, aber er wird es sich sorgfältig überlegen, welche Kettenwirkung ein Hinweis auf „vertragsgerechte Einführung" auslöst. Die darin gesehene Distanzierung von den Stabilitätskriterien läßt Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Euro ins Kraut schießen, bevor er das Licht der Welt erblickt.

Die Schöpfer des Euro bewegen sich also auf einem höchst komplizierten Terrain, zwischen multivariablen Widerspiegelungen von Wirklichkeit und doppelbödigen Realitätsbeschreibungen. Da ist ein besonderes Spürgefühl verlangt, sollen nicht Glaubwürdigkeiten, Vertrauensbasis und Wirklichkeitsbezug gleichermaßen auf der Strecke bleiben.

Das Ritual der Finanztechnokraten aber kann nicht die Ernsthaftigkeit, die Breite und Tiefe erklären, mit der sich die Europäer um die Einführung des Euro sorgen. Plötzlich ist eine andere Art von Europa-Interesse entstanden. Nach der Epoche der visionären Ideen und kontinentalen Träume, nach der Ära der Krämer und Buchhalter, nach den Festen des Abschiedes von der Spaltung des Kontinentes ist nun eine neue Modalität persönlicher Verwicklung in den europäischen Ernstfall festzustellen. Die Zeiten, da Europa als Anlaß einer weihevoll pathetischen Rhetorik galt, sind längst vorbei – aber auch jene Jahre, in denen die europäischen Ent-

wicklungen vornehmlich zum Reibebaum für Bürokratie-Kritik und Beitragsegoismen dienen durften. Jetzt geht es offenbar um mehr. Worin liegt das Geheimnis, das den Namen „Euro" trägt und die Europäer umtreibt?

Für die Europäer stellt sich heute dramatischer als je zuvor die Frage nach ihrer Identität. Zu allen Epochen haben die Europäer – im Positiven wie im Negativen – über Quellen ihrer Identität verfügt: die großen Kulturkonflikte, die Imperien und Dynastien, die religiösen und philosophischen Dominanzen und schließlich große machtpolitische Auseinandersetzungen wie den Ost-West-Konflikt, der den Kontinent spaltete. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes ist das letzte prägende Interpretationsmuster für die politisch-kulturelle Landkarte Europas verschwunden. Ohne bekannte Geländer und vertraute Leitplanken werden Orientierungskrisen und Ratlosigkeit gleichsam zu naturgesetzlichen Konsequenzen. Welches Format soll die Organisation unseres Zusammenlebens annehmen? Was bedeutet dazu eine linke oder eine rechte Perspektive? Wozu uns europäisch einbetten, wo es doch keine zwingende Bedrohung mehr gibt? Dies alles nagt und zehrt an einem Europa, das heute erstmals die Chance hat, freiheitlich zusammenzuwachsen. Die zentrifugalen Triebkräfte sind unübersehbar. Wird damit aber auch eine Wiederkehr der alten Katastrophen, Abgründe und Desaster unausweichlich? Nicht wenn es gelingt, Europa eine plausible Form und eine erfahrbare Identität zu geben. Identitäten speisen sich aus verschiedenen Quellen: aus Erfahrungen der Fremdheit, Existenzbedrohungen und positiven Erfolgserlebnissen der Gemeinsamkeit. In Zeiten, in denen existentielle Bedrohungen von außen nicht mehr einen elementaren Kitt für das geeinte Europa liefern, geht es um das friedliche Bindemittel: die Währung. Die Währung ist die ebenso symbolische wie alltäglich-praktische Bindung, die künftig das Aufeinander-Angewiesensein der Europäer sinnfällig erfahren lassen kann. Der Euro wird zur Münze der Identität.

Offenbar spüren die Europäer, daß es bei der Einführung des Euro um weit mehr geht, als um die finanztechnischen Details. Und deshalb mobilisiert das Thema auch in ganz anderer Art die Phantasie. Mythen und Visionen, Alpträume und Neurosen, Hoffnungen und Verzweiflungen verdrängen die kalten Kulissen der finanztechnischen Akrobaten.

Mit der gemeinsamen Währung wird sich das Gesicht Europas tiefgreifend wandeln: Der Euro verbindet die Europäer zu einer Existenzgemeinschaft, die intern allerdings auch Konflikte von neuer Intensität erfahren wird. Das Austarieren wirtschaftlicher Unterschiede durch Wechselkursänderungen, durch eigene Geldpolitik und eigene Inflationsrate entfällt. In Amerika, einem vergleichbar großen Währungsraum mit wirtschaftlicher Heterogenität, vollziehen sich solche internen Anpassungen durch extreme Lohnflexibilität und hohe Mobilität der Arbeitnehmer. In diese Richtung wird auch Europa gedrängt werden – aber nur einen Teil der Wegstrecke zurücklegen. Daher wird zusätzlich ein Finanzausgleich notwendig werden, der uns aus dem deutschen Föderalismus vertraut ist. Diese Schlüsselfrage des finanziellen Austarierens wird begleitet werden vom Konflikt zwischen deutscher und französischer Tradition der Finanzpolitik. Die Instrumente der europäi-

schen Währungspolitik lehnen sich an das deutsche Modell an. Die Kultur der Nutzung dieser Instrumente wird wahrscheinlich der französischen Tradition folgen, wie ein Blick in die Geschichte der europäischen Integration zeigt. Die Konflikte um das Bindemittel der gemeinsamen Währung werden sehr tief manifeste Interessen angreifen. Damit aber stellt sich die Frage nach der Legitimation europäischer Entscheidungen wieder neu. Der Mangel an Transparenz und Effektivität der Europäischen Union ist spätestens dann nicht mehr tragbar.

Künftige Historikergenerationen werden die Einführung des „Euro" als eine tiefe historische Zäsur bewerten. Das Datum wird so fundamental die Landkarte Europas verändern wie das Ende des Zweiten Weltkrieges oder der Untergang des kommunistischen Ostblockes. Gleichzeitig aber werden sich die Historiker die Augen reiben über die Art der Auseinandersetzung mit diesem Epochenwandel. Nicht die große Frage des Pro und Contra der Geburt einer neuen europäischen Konsistenz bewegt die Geister, sondern eine Datendebatte, die entscheidende Dimensionen ausklammert.

Die Simplifikateure haben die Schlagzeilen in der Hand: Gebetsmühlenhaft werden die Ikonen europäischer Statistiker hin und her gewendet. Die Spekulation über die punktgenaue Einhaltung, die Gerüchte über eine denkbare Verschiebung werden für die Sache der Euro-Zukunft selbst gehalten. Der Vertrag von Maastricht ist jedoch erheblich komplexer und differenzierter verfaßt, als es die spätere Engführung der politischen Debatte wahrhaben will. Der Vertrag beschreibt eine europäische Stabilitätskultur als Grundlage der gemeinsamen Währung. Und er nennt ein Verfahren zur Feststellung dieses kulturellen Sachverhaltes. Die Politik hat nun gravierende Fehler begangen: Statt sich auf die epochale Grundsatzfrage zu beziehen, ob wir das „neue Europa" wollen oder nicht, hat sich die Politik auf eine ergänzende Interpretation der Stabilitätsdaten fixiert. Diese Fixierung wiederum hat eine solche Dramatik angenommen, daß jedes Herumdeuteln zu einer Glaubwürdigkeitskrise führt. Kurzum: Die Politik hat sich selbst erfolgreich in die Euro-Falle manövriert.

Schwerwiegender noch erscheint das damit verbundene Ausblenden der großen historischen Dimension des Themas. Die volkswirtschaftlichen Aspekte der Währungsunion sind hinreichend bekannt: Senkung der Transaktionskosten, klare Kalkulierbarkeit der Währung, Senkung der Wechselkursverluste. Im größeren Rahmen sind jedoch zwei andere Facetten von existentieller Bedeutung:

(1) Der „Euro" wird neben dem Dollar zur großen Weltreservewährung. Er ist die europäische Antwort auf die Globalisierung. Die bisherigen nationalen Kleinwährungsräume erscheinen in den täglichen Milliardenströmen, die als Finanzkreise den Globus umrunden, von nur noch ohnmächtiger Zwergenhaftigkeit. Der große Euro-Raum katapultiert Europa in den Weltmachtstatus. Der Kontinent wird zu einer Schlüsselregion des Weltwährungsmarktes. Ein neues bipolares, europäisch-amerikanisch dominiertes Weltwährungssystem wird das alte Dollargeprägte Währungsgefüge ablösen. Die übrigen Daten – zu Wirtschaftskraft, Militärpotential, Bevölkerungszahl – plazieren Europa sowieso in diese Spitzen-

liga der Weltpolitik. Was den Europäern allerdings fehlt ist das Denken in weltpolitischen Kategorien. Der Euro wird jedoch einen immensen Druck auf Europa ausüben, diese neue Qualität anzunehmen. Ob die Europäer dafür allerdings den Willen und die Perspektive aufbringen – das ist die große offene Frage.

(2) Der Euro wird Europa eine neues Gesicht geben. Zu den heute ausgeblendeten Schlüsseltrends gehört, daß die gemeinsame Währung weit mehr bewirken wird als einige finanztechnische Korrekturen. Die neue Währung wird zum Zielpunkt der Verteilungskonflikte, zum Magnet politischen Handelns und zum Bindemittel kontinentaler Kräfte. Das geeinte Europa wurde bisher zusammengehalten durch die Notwendigkeit der politischen Gestaltung der gesellschaftlichen Verflechtung und durch die Bedrohung von außen. Nach Wegfall der Bedrohung wird der Verbund labiler. Symptome der Re-Nationalisierung sind unübersehbar. Nationale Eigeninteressen lassen nur noch Millimeterschritte zu, wie der Gipfel in Amsterdam drastisch belegt hat. Das Vakuum, das durch den Wegfall des bedrohlichen Ost-West-Konfliktes entstanden ist, wird durch den Magneten „Euro" gefüllt. Das Ringen um den „Euro" wird zum Kern der gemeinsamen Sache Europas. Der „Euro" wird zudem die bestehende Veflechtung noch weiter intensivieren. Es wird weiterer politischer Handlungsbedarf entstehen. Die Integrationsspirale dreht sich weiter.

Der Euro ist also als ein großes historisches Projekt zu diskutieren – von Befürwortern wie Gegnern. Wer es nur als Tagesgeschäft der Buchhalter begreift, die entweder seriös oder mit Taschenspielertricks die Datenlage buchstabieren, der verkennt die eigentliche Tragweite der Entscheidung. Die Gegner des Euro müssen begreifen, daß sein Scheitern nicht die scheinbare Idylle des alten Nationalstaates wieder herbeibringt. Die Befürworter müssen sagen, welch tiefgreifender Systemwandel in Europa mit Einführung der gemeinsamen Währung ansteht. Der Euro schafft die wirkliche europäische Existenzgemeinschaft ohne Drohung von außen. Dies muß man sehenden Auges wollen – und nicht später verschreckt feststellen, wenn der Euro von den Buchhaltern durch die Hintertür hereingerollt worden ist. Die Gegner müssen dazu offen aussprechen, was als Konsequenz eines Scheiterns dieses historischen Projektes anzusehen ist: die Umkehr der Integrationslogik zurück zum Kampf unter den Europäern ohne bindenden Konsens und ohne klare Regeln. Für ein gescheitertes historisches Projekt namens „Euro" hält Europa kein vergleichbares Ersatzprojekt bereit.

Darum geht es also eigentlich: Der Streit um unterschiedliche Konzepte zur Zukunft Europas ist ausgetragen. Das alte Europa steht gegen das neue Europa – ohne daß dies bisher transparent diskutiert würde. Europa braucht den Streit mit offenem Visier.

Die Regierungskonferenz und ihr Abschluß durch den Gipfel von Amsterdam

Der Verlauf der Regierungskonferenz zur Reform der Europäischen Union war geprägt von Skepsis, Minimalismus und bisweilen auch Mutlosigkeit.[10] Es regierte

taktisches Kalkül: Die beteiligten Regierungen haben zunächst abgewartet, wie sich die Dinge – vor allem mit Blick auf die Wahlen in Großbritannien – entwickeln würden. Daher mußten im Endspurt der Verhandlungen die Voraussetzungen für ein effektives Regieren im größeren Europa geschaffen werden.

Dies bedeutete keine leichte Aufgabe, galt es doch, die Steuerbarkeit und die Handlungsfähigkeit einer sich abzeichnenden EU der 20 bis 26 durch eine Anpassung ihrer Strukturen und Verfahren zu bewahren, ohne die sich die Union zur Unregierbarkeit erweitern würde. Auch das wachsende Mißtrauen der Europäer in die Problemlösungsfähigkeit ihrer Institutionen und die zunehmende Kluft zwischen den Bürgern und der Union – wie sie vor allem die öffentliche Kontroverse im Zuge der Ratifikation des Maastrichter Vertrages aufgezeigt hatte – zwang die EU zu Reformen. Das Spannungsfeld zwischen Erweiterungsdruck und Akzeptanzverlust bestimmte damit die Determinanten der Regierungskonferenz:

- Die Sicherstellung der institutionellen Handlungs- und Erweiterungsfähigkeit erfordert die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen, die Wahl der Präsidentschaft und die Anpassung der Stimmgewichtung im Rat, die Veränderung der Zusammensetzung der Kommission sowie die Begrenzung der Sitzzahl im Europäischen Parlament.
- Zur Festigung der demokratischen Absicherung und Legitimation galt es, die Grundlage für ein demokratisches Zwei-Kammer-System zu legen und die Rolle der nationalen Parlamente zu stärken.
- Die Erhöhung der Transparenz und Akzeptanz der europäischen Entscheidungsprozesse sollte durch eine Fusion der verschiedenen Vertragsgrundlagen, die Reduzierung und Vereinfachung der Entscheidungsverfahren sowie die Präzisierung der Kompetenzabgrenzung erreicht werden.
- Die äußere wie innere Sicherheit der Union und ihrer Bürger war durch die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), den Aufbau einer gemeinsamen Verteidigungsdimension sowie eine sektorale Vergemeinschaftung der Innen- und Rechtspolitik zu gewährleisten.
- Mehr Flexibilität für künftige Integrationsschritte sollte durch die Festlegung und Begrenzung von Differenzierungsfeldern, deren prinzipielle Offenheit zur Teilnahme für alle Mitgliedstaaten und die Ermöglichung optimaler Integrationskreise auch ohne Einstimmigkeit geschaffen werden.[11]

Die Analyse der mitgliedstaatlichen Positionen zur Reformagenda deutete bereits frühzeitig auf keinen durchschlagenden Erfolg der Regierungskonferenz hin. Als die Staats- und Regierungschefs am 16. und 17. Juni 1997 zu den abschließenden Verhandlungen zusammentraten, einigten sie sich erwartungsgemäß nur auf einen minimalen gemeinsamen Nenner.[12] „Eine erfolgreiche Einigung auf niedrigem gemeinsamen Nenner",[13] „Europa ist zu kurz gesprungen, halbherzige Reformen im Schatten von Stabilitätspakt und Beschäftigungspolitik",[14] „Kein Ruck geht durch Europa",[15] „Der Gipfel der Reförmchen"[16] – so lautete der Tenor der anschließenden Würdigungen. Durch die Kontroverse um Beschäftigungspolitik und

Stabilitätspakt im Vorfeld des Gipfels ist das eigentliche Ziel der Reform – die Wahrung der Handlungsfähigkeit mit Blick auf die anstehende Erweiterung, die außenpolitischen Herausforderungen und die notwendige Effektivierung – in den Hintergrund gedrängt worden. Nach einer halbherzigen Reform ihrer Institutionen kann die Europäische Union aber kaum die nächste Erweiterungsrunde ohne Lähmungserscheinungen überstehen. Darum ist ein weiterer Reformanlauf unumgänglich, wenn die Handlungs- und Erweiterungsfähigkeit der Union nicht im Reformstau stecken bleiben soll. Die notwendigen institutionellen Reformen der Union bleiben Stückwerk. Die Beschränkung auf 20 Kommissare löst nicht deren Auswahl bei mehr als 20 Mitgliedstaaten. Die Anpassung der Stimmgewichtung im Rat an das Verhältnis von kleinen zu großen Mitgliedstaaten wurde verschoben, bereitet so also nicht die Erweiterung vor. Die Rechte des Europäischen Parlamentes wurden zwar gestärkt, jedoch nur in unzureichender Weise. Will die Union tatsächlich neue Mitgliedstaaten aufnehmen, dann ist eine weitere Reformrunde mit substantiellen Anpassungen der auf sechs Mitgliedstaaten ausgerichteten Gemeinschaftsorgane unumgänglich.

Wenig Fortschritte geschahen auch im Bereich der GASP. Zwar erhält die Union ein außenpolitisches Gesicht, die Troika wird umgebildet und ein Planungszentrum eingerichtet, aber das grundlegende Defizit wird nicht behoben: Weiterhin müssen alle strategischen Entscheidungen einstimmig getroffen werden. Auch bei Gemeinsamen Aktionen können einzelne Mitgliedstaaten künftig „nationale Interessen" geltend machen. Damit besteht für den gesamten Bereich der GASP de facto ein Vetorecht. So kann Europa auf absehbare Zeit keine effektive und glaubwürdige Außenpolitik betreiben.

Positiv hingegen sind die Fortschritte im Bereich der Innen- und Rechtspolitik. Durch die weitgehende Vergemeinschaftung der dritten Säule des Maastrichter Vertrages kann die Union nun in Politikfeldern tätig werden, die die Bürger Europas stark bewegen. Asyl, Einwanderung und organisierte Kriminalität, das sind die Themen, bei denen die Bürger um Sicherheit und Wohlstand fürchten. Zu fordern bleibt aber, daß die Verlagerung dieser Rechte von den nationalen Parlamenten in den europäischen Raum auch durch entsprechende Kontrollrechte des Europäischen Parlamentes demokratisch abgefedert werden muß. Hier besteht Nachbesserungsbedarf. Ohne demokratische Kontrolle der Innen- und Justizpolitik wachsen Zentralisierungszwänge – und das zu Recht.

Als entscheidende Zäsur ist die Einführung eines Flexibilitätsartikels anzusehen. Auf dieser Grundlage wird die Differenzierung der Integration das entscheidende Handlungsprinzip für die Zukunft einer erweiterten Union. Die Einführung der Flexibilitätsklauseln macht aber nur Sinn, wenn die Entscheidung über ihren Einsatz nicht einstimmig getroffen werden muß. Würden die gemeinsam beschlossenen Rahmenbedingungen einer Differenzierung eingehalten, dann müßten die Staaten, die dazu bereit sind, auch ohne die Zustimmung aller Partner voranschreiten können. Amsterdam bindet jedoch die Flexibilisierung an die zunächst dazu erzielte Einstimmigkeit.

Das Stückwerk von Amsterdam verlangt nach einer Komplettierung. Der Weg nach einem „Maastricht III" ist damit vorgezeichnet, will eine sich erweiternde Union das notwendige Minimum an Handlungsfähigkeit wahren. Das Fazit von Amsterdam kann daher nur lauten: Fortsetzung folgt.

Agenda 2000

Die Reform von Amsterdam sollte eigentlich eine Grundlage bilden für die Behandlung des großen Problembündels, das unter der Überschrift „Agenda 2000"[17] die kommenden Jahre des europapolitischen Ringens beherrschen wird:

- die Osterweiterung der EU, wozu die Europäische Kommission zunächst sechs Länder vorgeschlagen hat (Polen, Tschechische Republik, Ungarn, Slowenien, Estland und Zypern);
- die künftige Regelung der Finanzierung;
- die Reform der strukturpolitischen Fonds und der Landwirtschaft.

In den zeitlichen Kontext muß man noch einbeziehen:

- die Einführung der gemeinsamen Währung;
- das Ringen um Erweiterungsfähigkeit durch weitere institutionelle Reformen;
- die NATO-Osterweiterung durch Polen, Tschechien und Ungarn und die Frage anschließender Einladungen an weitere Staaten.

Diese Liste macht die historischen Dimensionen des Wandels, aber auch der politischen Aufgabe klar.[18] Was die Kommission jedoch als ihren Entwurf zur „Agenda 2000" vorgelegt hat, erscheint eher als ein Jonglieren mit dem Status quo. Statt großer Sachlösungen ist taktierendes Lavieren durch den Slalom der hoffentlich geringsten Widerstände offenbar das Rezept.

Nach dem Amsterdamer Vertrag wird mit der „Agenda 2000" eine weitere Chance nicht genutzt, die Europäische Union für das nächste Jahrhundert fit zu machen. Angesichts des Reformbedarfes der Union ist eine „Agenda 2000" gefordert, die diesen Namen wirklich verdient. Die halbherzigen Reformvorschläge im Bereich der gemeinsamen europäischen Agrar- und Strukturpolitik bleiben Stückwerk, das die Effizienz- und Kostenprobleme der Union nur unwesentlich verringert. Kritisch zu sehen sind auch die Folgeprobleme, die eine Begrenzung der EU-Beitrittsverhandlungen auf Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien, Estland und Zypern aufwirft. Es ist bislang versäumt worden, einen „doppelten Zurückweisungsschock" in den Ländern zu verhindern, die aus den beiden ersten Beitrittsrunden von EU und NATO ausgeschlossen blieben. Für die Länder der „zweiten Runde" müssen daher frühzeitig eine gezielte Auffangstrategie und ein kohärenter Beitritts-Fahrplan entwickelt werden.[19]

Um Reformrückschläge in diesen Staaten zu verhindern, sollte die geplante „Europäische Konferenz" aller beitrittswilligen Staaten unverzüglich ihre Arbeit aufnehmen. Vor allem aber muß die EU diesen Ländern eine klare Perspektive für

die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen geben, noch bevor sie um das Jahr 2003 die erste Erweiterungsrunde abgeschlossen hat.

Die „Agenda 2000" bleibt auch bei der europäischen Agrar- und Strukturpolitik in Ansätzen stecken: Im Bereich der gemeinsamen Strukturpolitik weist die Empfehlung der Europäischen Kommission in die richtige Richtung, eine stärkere Konzentration der Finanzmittel auf bedürftige Regionen vorzunehmen. Insgesamt geht sie aber nicht weit genug. Die Erweiterung erfordert die Einführung einer flexiblen und erfolgsorientierten Strukturpolitik. So sollten bei der Mittelvergabe erfolgreiche Strukturprogramme belohnt werden. Dies würde einen effektiven Mitteleinsatz garantieren und den Regionen einen größeren Spielraum bei der Gestaltung der Strukturpolitik einräumen. Eine Kostenexplosion könnte durch eine Begrenzung der Ausgaben, die sich an der Absorptionsfähigkeit der Empfängerländer orientiert, vermieden werden.

Auch die Reformvorschläge der EU-Kommission zur gemeinsamen europäischen Agrarpolitik sind kritisch zu begutachten. Diese beschränken sich auf einen weiteren Abbau der Stützpreise für Agrarprodukte und die Umstellung auf direkte Einkommenshilfen für Landwirte. Das Prinzip der hohen Subventionierung des Agrarmarktes bleibt aber unangetastet – Europa ist von einem Agrarbinnenmarkt noch weit entfernt. Eine weitreichende Senkung der Agrarausgaben, die über die Hälfte des gesamten Haushaltes ausmachen, sieht das Konzept der Europäischen Kommission nicht vor.

Das neue Europa

Das große Europa nimmt Gestalt an. Zum ersten Mal in der konfliktreichen Geschichte der europäischen Neuzeit rückt die geistige Idee Europas, den Kontinent friedlich zu einigen, in greifbare Nähe – Europa gedacht als Gemeinschaft der Demokratien, die ihre Interessen nach den Prinzipien der Integration ausgleichen und ihre Konflikte nach den Ordnungsregeln der Europäischen Union austragen.

Normativ blieb diese Zielsetzung seit dem Beginn an das gesamte Europa gebunden – nicht zuletzt deswegen, weil mit der Bundesrepublik Deutschland eines der Gründungsmitglieder selbst nur für einen Teil des eigenen Volkes sprechen und handeln konnte. Anderen europäischen Demokratien die Mitwirkung zu versagen, ist deshalb stets gescheitert: Charles de Gaulle hat den Beitritt Großbritanniens nicht dauerhaft verhindern können, und spätestens mit der Aufnahme Griechenlands, Spaniens und Portugals wurde die gesamteuropäische Dimension des Integrationsprozesses greifbar. Die Süderweiterung der Gemeinschaft hat zugleich die Orientierungsfunktion der Mitwirkung in der Integration sichtbar gemacht. Zum Zeitpunkt der Beitrittsverhandlungen war die Demokratie weder in Griechenland noch auf der iberischen Halbinsel fest verankert und die Wirtschaften dieser Staaten wiesen deutliche Leistungsunterschiede und Strukturgefälle gegenüber den alten Mitgliedstaaten auf.

Für den Aufbau des großen Europa sind diese Erfahrungen mit Integration und Kooperation, ihren Voraussetzungen wie ihren Erträgen wahrscheinlich wichtiger als die Erweiterung der militärischen Allianz in der NATO, dem zweiten Pfeiler der Verflechtung auf dem Kontinent. Stärker als die Europäische Union ist die NATO an das Konfliktschema der Ost-West-Konfrontation gebunden und ihre Erweiterung wird deshalb – in der Wahrnehmung der politisch Handelnden – schärfere Trennlinien in Europa ziehen als die der EU. In den Erweiterungen von NATO und EU in den kommenden Jahren wird sich diese Wahrnehmung als übertrieben erweisen, denn auch der Beitritt zur Europäischen Union wird Trennlinien zu denjenigen Staaten schaffen, die nicht Teil der europäischen Integration werden. Europa wird sich durch die Erweiterung nicht nur im Innern wandeln, sondern auch sein Verhältnis zu den benachbarten Regionen und Staaten neu gestalten müssen.

Im Innern wird das große Europa radikale Wandlungen seiner Strukturen und Entscheidungsprozesse durchmachen, die ihrerseits die nüchterne Überprüfung des Erfahrungsbestandes der osteuropäischen Integration erfordern. Europa tappt in die Falle des eigenen Erfolges, wenn die EU immer mehr Staaten und Aufgaben an sich zieht, ohne daß ihre Ausstattung Schritt hält. Das große Europa braucht ein Konzept differenzierter Integration, das ein hohes Maß an Integrationsdichte in zentralen Politikbereichen mit weiter Ausdehnung auf den Kreis der europäischen Demokratien verbindet. In diesen Perspektiven liegen historische Chancen, aber auch beträchtliche Risiken in einem komplizierten Geflecht von Interessenlagen, Konstellationen und Entwicklungslinien nebeneinander:

Das große Europa wird zur Initialzündung von wirtschaftlicher Modernisierung und gesamteuropäischer Wohlstandssicherung werden – wenn es gelingt, die Märkte konsequent zu öffnen, den Binnenmarkt ungeschmälert zu bewahren, Verteilungskonflikte im Rahmen der EU wirksam zu regeln und protektionistische Tendenzen zurückzudrängen.

Das große Europa wird das Friedensmodell für Gesamteuropa bilden, in dem alle Staaten gleiche Sicherheit haben – wenn es gelingt, die zahlreichen Minderheitenkonflikte vor der Erweiterung verbindlich zu regeln, die Sicherheitsleistung der EU zu verbessern, die Verbindung mit den Vereinigten Staaten von Amerika in einer reformierten NATO zu stärken und einen fairen Ausgleich mit Rußland zu finden.

Das große Europa wird zum Schlüsselinstrument gemeinsamer Problemlösung werden – wenn es gelingt, die Entscheidungsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken, die Balance unter den Mitgliedstaaten, zwischen Groß und Klein, Reich und Arm zu erneuern und Handlungsräume für diejenigen Staaten zu schaffen, die eine größere Dichte der Integration verwirklichen wollen.

Das große Europa wird die Vitalität europäischer Nationen und die kreative Vielfalt seiner Kulturen bewahren – wenn es gelingt, die Prinzipien von Nation und Integration, die ethnischen, regionalen, nationalen und europäischen Bezüge der

Menschen als komplementäre Schichten der Identität der Bürger Europas zu vermitteln.

Nicht die vertraute Beschreibung der „Finalität" europäischer Einigung – der Aufbau eines europäischen Bundesstaates für Westeuropa – bildet den eigentlichen Ernstfall der Europapolitik, sondern die Verwirklichung gesamteuropäischer Integration in dem hier umrissenen Sinn. Das große Europa wird nicht in einfacher Verlängerung der bisherigen Integrationslinie von der Zusammenarbeit zwischen Staaten hin zu supranationaler Gemeinschaftsbildung entstehen und wird kein Bundesstaat klassischer Prägung sein. Er wird vielmehr seine eigene Form entwickeln und nach innen wie außen durchsetzen müssen.

Anmerkungen

1 Als knapper Überblick anschaulich dazu Lübkemeier, Eckhard: Sicherheit für das Neue Europa, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1996.

2 Siehe dazu u.a. Kaiser, Karl: Umgestaltung der NATO, in: Internationale Politik 6 (1996), S. 35-46; Samus, Donald u.a.: What will NATO Enlargement cost?, in: Survival 3 (1996), S. 5-26; Kamp, Karl-Heinz: Zwischen Friedenspartnerschaft und Vollmitgliedschaft – Die NATO und die Erweiterungsfrage, Konrad-Adenauer-Stiftung, Interne Studie Nr. 102/1995, Sankt Augustin 1995; Knapp, Manfred: Europäische Sicherheit und die Osterweiterung der NATO aus der Sicht der USA, in: Pradetto, August (Hrsg.): Ostmitteleuropa, Rußland und die Osterweiterung der NATO, Opladen 1997, S. 251-287.

3 NATO-Gipfelkonferenz in Brüssel v. 10./11.1.1994: Erklärung der Staats- und Regierungschefs, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 3 v. 17.1.1994, S. 20-24.

4 Vgl. NATO-Gipfelkonferenz in Madrid: Erklärung von Madrid zur euro-atlantischen Sicherheit und Zusammenarbeit v. 8.7.1997, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 64, Bonn, 31.7.1997, S. 765-774.

5 Abgedr. in: Agence Europe (Dokumente) v. 28.5.1997.

6 NATO-Gipfelkonferenz in Madrid: Charta über eine ausgeprägte Partnerschaft zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Ukraine v. 9.7.1997, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 64, Bonn, 31.7.1997, S. 771-774.

7 Konferenz der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten: Entwurf des Vertrags von Amsterdam, Brüssel, den 19. Juni 1997, CONF/4001/97.

8 Abgedr. in Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 68 (1992).

9 Vgl. zu den Sachfragen u.a. Collignon, Stefan: Geldwertstabilität für Europa. Die Währungsunion auf dem Prüfstand, Gütersloh 1996; Hanke, Thomas, Norbert Walter: Der Euro – Kurs auf die Zukunft. Die Konsequenzen der Währungsunion für Unternehmen und Anleger, Frankfurt 1997; Potthoff, Martin, Kai Hirschmann (Hrsg.): Die Europäische Währungsunion – Ein Testfall für die Europäische Integration?, Berlin 1997; Wetter, Wolfgang u.a.: Ordnungs- und strukturpolitische Anforderungen beim Aufbau der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, Baden-Baden 1995; Bergsten, Fred C.: The Dollar and the Euro, in: Foreign Affairs 4 (1997), S. 83-95.

10 Vgl. ausführlich Jopp, Mathias, Otto Schmuck (Hrsg.): Die Reform der Europäischen Union, Bonn 1996; Schlotter, Peter: Welches Europa soll es sein? – Gedanken zur Debatte über Maastricht II, HSFK-Standpunkte 10 (1996); außerdem Positionspapier der Forschungsgruppe Europa: Auf dem Weg nach Amsterdam – Europapolitische Essentials für die Reform der Europäischen Union, München, Mai 1997.

11 Zur differenzierten Integration siehe Forschungsgruppe Europa: Europas neue Ostpolitik. Strategie für eine gesamteuropäische Entwicklung, in: Internationale Politik 10

(1996), S. 59-64; Janning, Josef: Europa braucht verschiedene Geschwindigkeiten, in: Europa-Archiv 18 (1994), S. 527-536; Giering, Claus: Vertiefung durch Differenzierung. Flexibilisierungskonzepte in der aktuellen Reformdebatte, in: integration 2 (1997), S.72-83; Giering, Claus: Europa zwischen Zweckverband und Superstaat. Die Entwicklung der politikwissenschaftlichen Integrationstheorie im Prozeß der europäischen Integration, Münchner Beiträge zur Europäischen Einigung, hrsg. von Werner Weidenfeld, Bonn 1997.

12 Quellenangabe zu Vertragstext: Der Vertrag von Amsterdam, EU-Nachrichten Nr. 3 v. 9.7.1997; vgl. ergänzend Giering, Claus: Amsterdam in der Analyse, Positionspapier der Forschungsgruppe Europa, München, Juli 1997; Hrbek, Rudolf: Der Vertrag von Amsterdam – eine neue Etappe im EU-Integrationsprozeß, in: Wirtschaftsdienst 7 (1997), S. 378-381.

13 Das Parlament v. 20.6.1997, S. 1.

14 Pressemitteilung der Forschungsgruppe Europa am Centrum für angewandte Politikforschung der Universität München v. 17.6.1997.

15 Rheinischer Merkur v. 20.6.1997, S. 1.

16 Süddeutsche Zeitung v. 18.6.1997, S. 4.

17 Europäische Kommission: Agenda 2000 – Eine stärkere und erweiterte Union, KOM (97) 6, Brüssel, 15.7.1997.

18 Zur historischen Dimensionierung vgl. u.a. Weidenfeld, Werner, Josef Janning: Das Europa der differenzierten Integration, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Frieden machen, Frankfurt am Main 1997, S. 77-101; Link, Werner: Die europäische Neuordnung und das Machtgleichgewicht, in: Jäger, Thomas, Melanie Piepenschneider (Hrsg.): Europa 2020, Opladen 1997, S. 9-31; Forschungsgruppe Europa: Europas neue Ostpolitik, Strategie für eine gesamteuropäische Entwicklung, in: Internationale Politik 10 (1996), S. 59-64; Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in die Europäische Union. Bericht zum Stand der Integrationsfähigkeit 1996, Gütersloh 1996; Haussmann, Hartmut: Die neue Agenda für die europäische Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B10/96, S. 3-9; Bertram, Christoph: Europa in der Schwebe. Der Frieden muß noch gewonnen werden, Bonn 1997; Kirt, Romain: Europa im Zeitenwechsel. Der Alte Kontinent und das neue Jahrtausend, Bonn 1996; Herzog, Roman: Vision Europa. Antworten auf globale Herausforderungen, Hamburg 1996.

19 Zu den institutionellen Fragen weiterführend Bieber, Roland, Florian Bieber: Institutionelle Voraussetzungen der Osterweiterung der Europäischen Union, Gutachten für die Forschungsgruppe Europa und die Bertelsmann Wissenschaftsstiftung, München 1996.

Weiterführende Literatur

Algieri, Franco, Josef Janning, Dirk Rumberg (eds.): Managing Security in Europe. The European Union and the challenge of enlargement, Gütersloh 1996.

Bail, Christoph, Wolfgang H. Reinicke, Reinhardt Rummel (eds.): EU-US Relations: Balancing the Partnership. Taking a Medium-Term Perspective, Baden-Baden 1997.

Bergsten, Fred C.: The Dollar and the Euro, in: Foreign Affairs 4 (1997), S. 83-95.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Das Ende transatlantischer Selbstverständlichkeit. Transatlantisches Gespräch der Bertelsmann Stiftung in Bad Godesberg, Güterloh 1997.

Bertram, Christoph: Europa in der Schwebe. Der Frieden muß noch gewonnen werden, Bonn 1997.

Brittan, Leon: Die europäische Herausforderung. Strategien für den Aufbruch ins nächste Jahrtausend, Bergisch Gladbach 1995.

Brunner, Georg: Nationalitätenprobleme und Minderheitenkonflikte in Osteuropa, aktualisierte und vollständig überarbeitete Fassung, Gütersloh 1996.

Chatzimarkakis, Georgios: Europäischer Grundvertrag 2002, Bonn 1996.

Collignon, Stefan: Geldwertstabilität für Europa. Die Währungsunion auf dem Prüfstand, Gütersloh 1996.

Duff, Andrew: Reforming the European Union, Federal Trust, London 1997.

Gasteyger, Curt: An Ambiguous Power. The European Union in a Changing World, Gütersloh 1996.

Gompert, David C., F. Stephen Larrabee (eds.): America and Europe. A Partnership for a new

era, Cambridge 1997.
Hanke, Thomas, Norbert Walter: Der Euro – Kurs auf die Zukunft. Die Konsequenzen der Währungsunion für Unternehmen und Anleger, Frankfurt 1997.
Henschel, Thomas R.: Die deutschen Europäer. Einstellungen Jugendlicher zu Europa 1990-1995, Arbeitspapiere der Forschungsgruppe Jugend und Europa Bd. 4, München 1997.
Herzog, Roman: Vision Europa. Antworten auf globale Herausforderungen, Hamburg 1996.
Jäger, Thomas, Melanie Piepenschneider (Hrsg.): Europa 2020. Szenarien politischer Entwicklungen, Opladen 1997.
Janning, Josef, Dirk Rumberg (eds.): Peace and Stability in the Middle East and North Africa, Gütersloh 1996.
Jopp, Mathias, Otto Schmuck (Hrsg.): Die Reform der Europäischen Union. Analysen – Positionen – Dokumente zur Regierungskonferenz 1996/97, Bonn 1996.
Judt, Tony: Große Illusion Europa. Herausforderungen und Gefahren einer Idee, München 1996.
Kielinger, Thomas: Die Kreuzung und der Kreisverkehr: Deutsche und Briten im Zentrum der europäischen Geschichte, Bonn 1996.
Kirt, Romain: Europa im Zeitenwechsel. Der Alte Kontinent und das neue Jahrtausend, Bonn 1996.
König, Thomas, Elmar Rieger, Hermann Schmitt (Hrsg.): Das europäische Mehrebenensystem, Frankfurt/New York 1996.
Laufer, Heinz, Thomas Fischer: Föderalismus als Strukturprinzip für die Europäische Union, Gütersloh 1996.
Mintzel, Alf: Multikulturelle Gesellschaften in Europa und Nordamerika. Konzepte, Streitfragen, Analysen, Befunde, Passau 1996.
Müller, Kurt (Hrsg.): Minderheiten im Konflikt. Fakten, Erfahrungen, Lösungskonzepte, Zürich 1993.
Potthoff, Martin, Kai Hirschmann (Hrsg.): Die Europäische Währungsunion – Ein Testfall für die Europäische Integration?, Berlin 1997.
Reinicke, Wolfgang H.: Deepening the Atlantic. Toward a New Transatlantic Marketplace?, Gütersloh 1996.
Row, Thomas (ed.): Reflections on the Identity of Europe. Global and Transatlantic Perspectives, Baltimore 1996.
Schlotte, Peter: Welches Europa soll es sein? – Gedanken zur Debatte über Maastricht II, Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, HSFK-Standpunkte 10 (1996).
Schmierer, Joscha: Mein Name sei Europa. Einigung ohne Mythos und Utopie, Frankfurt 1996.
Siedler, Wolf Jobst: Der Verlust des alten Europa, Stuttgart 1996.
Tauras, Olaf: Der Ausschuß der Regionen. Institutionalisierte Mitwirkung der Regionen in der EU, Münster 1997.
Theobald, Volkmar (Hrsg.): Von der Europäischen Union zur „Europäischen Sicherheitsunion"? Die Gemeinsame Politik der Inneren Sicherheit in der EU, Schriftenreihe der Bundesakademie für Sicherheitspolitik Bd. 15, Berlin 1997.
Volle, Angelika, Werner Weidenfeld (Hrsg.): Wegmarken eines Jahrhunderts, Bonn 1996.
Wallace, Helen, William Wallace (eds.): Policy-Making in the European Union, Oxford 1996.
Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Kulturbruch mit Amerika? Das Ende transatlantischer Selbstverständlichkeit, Gütersloh 1996.
Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in die Europäische Union. Bericht zum Stand der Integrationsfähigkeit 1996, Gütersloh 1996.
Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Neue Ostpolitik – Strategie für eine gesamteuropäische Entwicklung, Gütersloh 1997.
Wellershoff, Dieter (Hrsg.): Die Europäische Union und ihre Stellung in der Welt. Die deutschen sicherheitspolitischen Interessen, Hamburg u.a. 1996.
Wetter, Wolfgang, Henry Krägenau, Petra Köhler, Manfred Weilepp: Ordnungs- und strukturpolitische Anforderungen beim Aufbau der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, Baden-Baden 1995.